„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 9. Juli 1924 | 12 Seiten | Nummer 35

Beschneidet die Rechte des canadischen Senats!

Er hat vier wichtige Zweiglinien des Westens verworfen

Ein Sturm der Entrüstung hat sich in den letzten wenigen Tagen in weiten Teilen des canadischen Westens erhoben, weil der canadische Senat in Ottawa ausgerechnet einige der bedeutendsten Zweiglinien abgelehnt hat. Zur Vorgeschichte ist kurz zu bemerken, daß der Senat im letzten Jahre bereits das gesamte Zweiglinienprogramm der C. N. R. in Bausch und Bogen verwarf. Um das rücksichtslose Vorgehen der Herren Senatoren heuer zu erschweren, gab die Regierung für jede einzelne Linie eine gesonderte Bill heraus. Das Unterhaus nahm die Bills ohne besondere Opposition an. Auch der Senat schien trotz einiger kritischer Bemerkungen von konservativer Seite diesmal einsichtiger und „gnädiger" zu sein. Der Eisenbahn-Ausschuß des Senates hatte bereits die Linien gutgeheißen. „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten." — Als nämlich die Bills an die Vollversammlung des Senates zurückgegangen waren, machten sich Sir James Lougheed von Calgary und George Lynch-Staunton von Hamilton daran, die ihnen mißliebigen Linien abzuschlachten. Auffallend ist dabei, daß sich die Wut der Herren gerade gegen jene Projekte richtete, die von der C. N. R.-Leitung als besonders wertvoll und vielversprechend bezeichnet wurden. Von den 26 Bills fielen bis jetzt 7 unter den Tisch. Diese 7 hätten einen Kostenaufwand von $12,500,000 erfordert, während die Gesamtsumme für Zweiglinienbau auf $28:000,000 veranschlagt war. Von Saskatchewan fielen die Linien:

Turtleford bis bei Hafford,
Lloydminster bis 45 Meilen nordwestlich,
Radville, Bengough oder Ritchie, Nipawin nordöstlich

unter das Schlachtmesser der Herren Senatoren, während drei Albertalinien (Rosedale, Hanna und Warden) genehmigt wurden.

Sir James Lougheed, der konservative Führer, warf der C. N. R. größte Verschwendung vor und griff sogar die Beamten der C. N. R. an. Unter den heutigen Bahnverhältnissen könne er keine größeren Ausgaben befürworten.

Senator Dandurand, der Regierungsführer, bezeichnete es als eine Frage der nationalen Würde, die C. N. R. nicht hinter der C. P. R. zurückstehen zu lassen. Das Land, durch das die Linien in Saskatchewan laufen, sei gut bevölkert und sehr produktiv, und werde daher den Linien große Frachtraten einbringen.

Senator Pardie machte mit Recht auf die schwere Verantwortung des Senates aufmerksam und Senator Laird von Saskatchewan hielt die Gegner der Linien ein, einmal an Ort und Stelle die Verhältnisse zu studieren. Dann würden sie anders reden. Auch Senator Calder zählt zu den Vernünftigen. Die C. N. R. könne sich nur dann bezahlt machen, wenn man die Besiedelung des Landes erleichtere.

Trotz all dieser gutgemeinten Warnungen wurden die Linien mit 45 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Die Folge dieser törichten, kurzsichtigen Haltung des Senats wird eine starke Bewegung gegen diese Institution sein, die in der Tat sehr reformbedürftig ist, wie auch in der letzten Session der Saskatchewan-Legislatur dargelegt wurde. Im letzten Februar haben die Abgeordneten Geo. Spence und A. J. Hindle (beide Regierung) eine Resolution eingebracht, die die Herstellung der Zweiglinien forderte, und fortfuhr: „Würde der Senat zum zweiten Male ein solches Gesetz verwerfen, so müßte ihm das Einspruchsrecht beschnitten werden."

Premier Dunning erklärte damals, sehr zeitgemäß sei die Forderung nach einer Reform des Senats in Ottawa. Er sei für eine zweite Kammer, aber auch für eine Beschränkung ihrer Vollmachten. Der Westen habe bei wachsender politischer Bedeutung nur eine schwache Vertretung im Senat.

Wir betrachten es als unsere Pflicht, auf diese vor 5 Monaten ausgesprochene Warnung zurückzukommen, die wir im Laufe der Zeit noch mehrmals im „Courier" kräftig unterstrichen haben. Nun ist die Zeit gekommen, mit den Drohungen Ernst zu machen. Hon. A. B. McNab, der stellvertretende Premier (in Abwesenheit des Hon. Dunning) und Ackerbauminister Hon. C. M. Hamilton von Saskatchewan verliehen ihrer Entrüstung über den Willkürakt des Senates bereits schärfsten Ausdruck. Besonders verblüffend ist die Haltung westlicher Senatoren, zu deren Wortführer sich Senator Lougheed von Calgary machte. Beruht es auf Wahrheit, daß einige von diesen Herren durch ihre kapitalistischen Interessen im Osten eine gebundene Marschroute hatten?

Mag dem sein, wie ihm wolle, jedenfalls fordern wir nicht nur, sondern wir dringen mit aller politischen Macht, über die der Westen verfügt, auf eine schleunige Beseitigung des Einspruchsrechtes des Senates. Es ist unerträglich, daß die eigentliche Volksvertretung, das Unterhaus in Ottawa, durch einige unverantwortliche Männer an die Wand gedrückt werden kann. Alle an den betreffenden Zweiglinien interessierten Munizipalitäten müssen zu einer gewaltigen Protestkundgebung sich zusammenfinden. Sie werden dabei die einmütige Unterstützung von ganz Saskatchewan, des überwiegenden Teiles des Unterhauses und sicherlich auch der canadischen Regierung in Ottawa haben.

Um die Militärkontrolle in Deutschland

Neue französische Geiselmaßnahmen im Ruhrgebiet.

Berlin. — Von den rechtsstehenden Parteien wird der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie, wie der Inhalt der Note an den Botschafterrat in Angelegenheit der interalliierten Militärkontrolle ergebe, zu neuen Zugeständnissen bereit sei. Die Deutschnationalen erklären, daß der Regierung, falls diese geglaubt habe, durch Nachgeben in der Kontrolle die Franzosen zum Aufgeben der Ruhrbesetzung zu veranlassen, eine große Enttäuschung bevorstehe. Man weist darauf hin, daß Herriot in Bezug auf die Ruhrbesetzung und andere Fragen denselben Standpunkt einnehme wie Poincare und daß der jetzige französische Premier ausdrücklich erklärt habe, er werde die Aufhebung der Besetzung erst dann in Erwägung ziehen, wenn die Frage der industriellen Verpflichtungen endgültig erledigt sei. Auch wird darauf aufmerksam gemacht, daß von dem französischen Verständigungswillen, von dem Dr. Stresemann in seiner neulichen Erklärung sprach, im besetzten Gebiet nichts zu merken sei. So haben die Franzosen jetzt ihren bereits vorher angekündigten Plan, „landwirtschaftliche Schulen" für einen Teil der Besatzungsmannschaft im Ruhrgebiet einzurichten, in die Tat umgesetzt und es wurden von ihnen in Stockum bei Düsseldorf landwirtschaftliche Gebäude und 30 Hektar mit Getreide und Kartoffeln bebauter Felder beschlagnahmt. Diese sollen zu einer „landwirtschaftlichen Versuchsstation" eingerichtet werden. Ferner wurden in Stade bei Kettwig 70 Hektar, auf denen eine landwirtschaftliche Schule errichtet werden soll, beschlagnahmt und der Pächter mußte sein Gehöft ohne jede Entschädigung sofort räumen.

Außerdem haben die französischen Besatzungsbehörden Hunderte von Wohnhäusern in verschiedenen Städten in Besitz genommen. Im ganzen besetzten Gebiet dauert der Druck mit unverminderter Schwere an und sowohl die Rheinlandkommission in Koblenz wie General Degoutte in Düsseldorf erlassen fortgesetzt neue Verordnungen, die die Freiheit der Bevölkerung weiter einschränken.

Oesterreichischer Bundeskanzler stürmisch begrüßt

Bei erster Ausfahrt in den Straßen Wiens.

Wien, 6. Juli. — Der österreichische Bundeskanzler Dr. J. Seipel, der vor einigen Wochen in Wien von einem Attentäter durch einen Schuß schwer verwundet wurde, ist so weit wieder hergestellt, daß er am Montag eine erste Ausfahrt im Automobil machen konnte. Der Kanzler wurde von den Wienern überall stürmisch begrüßt.

Unser Notschrei am 16. Juli

Bier her, Bier her
Oder ich fall' um!
Soll das Bier in Winnipeg liegen
Und Saskatchewan die Ohnmacht kriegen?
Bier her, Bier her
Oder ich fall' um!

Ein letzter Appell an unsere Freunde in Saskatchewan

Alle wahlberechtigten Männer und Frauen müssen am 16. Juli stimmen

Prohibition ist ein Krebsschaden der Provinz

Darum fegt diese Bootleggerei, diese Betrügerei und Heuchelei hinweg

Was die Prohibition in den letzten Jahren unserer Provinz gebracht hat, weiß eigentlich jeder, der mit offenen Augen und Ohren durch die Welt geht. Und doch darf man noch einmal kurz und bündig die Erinnerung an den Fluch der Prohibition auffrischen. Während des Krieges hatten einschränkende Bestimmungen hinsichtlich des Alkoholvertriebes noch einen gewissen Sinn. Doch nach dem Kriegsende wuchs sich die Prohibition wie überall zu einem greulichen Unfug aus. Wir brauchen nicht erst in die „trockenen" Ver. Staaten zu gehen, um feststellen zu können, daß das Alkoholverbot ein Krebsschaden an jedem Volke ist, das sich mit dieser Ausgeburt einiger Fanatiker „beglücken" läßt. Die oft verherrlichte Freiheit der Bürger wurde mit Füßen getreten. Ein Schnüffel- und Spitzelsystem hat sich breitgemacht, vor dem keiner sicher ist. Man hat sich in die Privatangelegenheiten der Bürger hineingemischt und sie durch Strafen einzuschüchtern gesucht. Die kleinen „Sünder" erwischte man vielfach, während die großen Sündenböcke, die schlauen Bootleggers mit ihren mannigfaltigen Beziehungen, nur allzu oft ungeschoren blieben. Daraus entstand das Gefühl der ungerechten Behandlung und der Verbitterung gegen jede Autorität. Die Achtung vor dem Gesetze, die früher eine Selbstverständlichkeit war, sank auf den Gefrierpunkt. Ja, viele setzten ihren Stolz darein, zu den Alkoholsündern zu gehören. Gesetzesverachtung und Verbrechen machten sich breit. Ungerechterweise schob man mitunter die Schuld an den Mißständen der Provinzialregierung in die Schuhe, obwohl doch das Volk selbst und allein die Macht hatte, mit dem unsinnigen System der letzten Jahre aufzuräumen.

Doch zu den ebenerwähnten Mißständen gesellten sich noch andere, die auf gesundheitlichem und finanziellem Gebiete liegen. Die Volksgesundheit, eines der wertvollsten Güter, litt unter dem Prohibitionswahnsinn. Das „Homebrew" wurde leider zum Volksgetränk. Schlechtester Schnaps vergiftete ehedem gesunde Menschen. Die einen starben eines frühzeitigen Todes. Andere siechen langsam dahin. Und wieder andere wanderten in die Irrenhäuser. Gewiß ist Saskatchewan, dank der eifrigen Bemühungen seines Gesundheitsministers Dr. J. M. Uhrich, eines der gesündesten Gebiete der Welt. Dennoch hätte die Sterblichkeits- und Krankheitsrate noch niedriger sein können, wenn nicht so manche sich einem übermäßigen „Homebrew"-Genuß ergeben hätten. Die schädlichen Wirkungen auf die Nachkommenschaft der Homebrew-Trinker sind heute noch gar nicht annähernd festzustellen. Aber sicher ist, daß auch so manche Kinder von Homebrew-Vätern vom Fluche der Prohibition getroffen werden. Mäßig genossenes gesundes Bier hätte unendlich viele gesundheitliche Schäden verhindern können.

Eine weitere sehr bedenkliche Sache ist die finanzielle Seite der Frage. Ungeheure Summen Geldes sind Saskatchewan schon in den letzten Jahren verloren gegangen. Millionen von Dollars hätten in die Taschen der provinzialen Bevölkerung fließen können, wenn ein Alkoholverkauf unter Regierungskontrolle vorhanden gewesen wäre. Statt dessen ist so manches gute Geld von Saskatchewan nach dem „nassen" Manitoba oder Alberta gewandert, wo es dann in Bier oder Schnaps umgesetzt wurde. Das ist unseres Erachtens überhaupt ein vollendeter Unsinn, daß Saskatchewan im ganzen canadischen Westen von Winnipeg bis Vancouver das einzige trockene Gebiet ist. Alle anderen sind zur Vernunft zurückgekehrt, nur Saskatchewan hat bisher die Ketten der Prohibition weitergetragen — zu seinem eigenen schweren Nachteil. Unsere Farmer, unsere Geschäftsleute und Arbeiter schauen nach einer Besserung der wirtschaftlichen Lage aus, die nur dann eintreten wird, wenn durch Aufhebung der Prohibition wieder Geld in die Provinz fließt. Aber auch die Finanzen unserer Provinzialregierung können sehr wohl eine Stärkung vertragen, um neue Mittel für nützliche Zwecke zu beschaffen. Alkoholverkauf unter Regierungskontrolle liefert die dazu nötigen Einnahmen ohne nennenswerte Ausgaben. Ein Musterbeispiel für die gewaltigen Vorteile dieses Systems ist die Provinz Quebec, die mit Hilfe ihres Reingewinnes aus dem Alkoholverkauf ihr Straßennetz bedeutend erweitern und verbessern konnte. Aber auch Alberta und Manitoba haben bereits recht ansehnliche Einnahmen zu verzeichnen. Warum soll dann Saskatchewan einigen Prohibitionsfanatikern zu Liebe sich zum Aschenbrödel unter den canadischen Provinzen herabdrücken lassen?

Es ist daher leicht begreiflich, daß die Moderation League von Saskatchewan bei ihrer Unterschriftensammlung im letzten Herbst nahezu 80,000 Namen auf ihren Listen vereinigen konnte. Diese Petition hat denn auch tatsächlich einen starken Eindruck auf die Legislatur dieser Provinz gemacht und die Volksabstimmung am 16. Juli erzwungen. Doch die Erbitterung über den Prohibitionswahnsinn ging mitunter noch viel weiter. So hat in der Nacht des 20. Juni Captain T. Mitchell, ein „Enforcement Officer" des Saskatchewan Temperance Act, **in Shaunavon üble Erfahrungen gemacht.** Dort fand eine langwierige Untersuchung gegen Karl und Hardy Sharp wegen eines Vergehens gegen das Prohibitionsgesetz statt. Als Captain Mitchell den Gerichtssaal verließ und auf die Straße ging,

wurde er mit faulen Eiern bombardiert.

Mitchell wandte sich dann nach den Angreifern um. Doch wehe, da traf ihn ein gutgezielter Eierschuß gerade auf die Nase. Die übelriechende Brühe spritzte in seine Augen und gab seiner Nase einen Geschmack von der oberfaulen Prohibition. Die Eierkämpfer aber wählten in der Tapferkeit besseren Teil und verschwanden in der schützenden Dunkelheit. Man kann dieses Vorgehen in Shaunavon nicht eine Heldentat nennen, muß es aber doch als ein deutliches Zeichen der grenzenlosen Abneigung gegen die verhaßte Prohibition betrachten.

Weit notwendiger als solche „Taten" ist, daß am 16. Juli jeder wahlberechtigte Bürger und jede Bürgerin ohne Ausnahme zur Abstimmung geht und sein Kreuz (X) hinter das „No" der ersten Frage setzt. Diese Frage muß von jedem beantwortet werden. Darauf möge jeder ein weiteres Kreuz hinter die Frage 2 B setzen. Der Stimmzettel wird dann so aussehen, wie auf dieser Seite gezeigt. Jeder hebe sich dieses Muster gut auf und handele am 16. Juli danach.

Noch eine dringende Bitte haben wir an unsere Freunde:

Laßt Euch nicht irreführen!

Seid Euch darüber klar, daß wir nicht für die alten Bars, für Sauereien und Ausschweifungen aller Art eintreten! Wir wollen Bierausschank per Glas an lizensierten Plätzen gerade deswegen, weil wir überzeugt sind, daß dadurch der gesunden Mäßigkeit mehr gedient wird als durch Verkauf der Getränke in großer Masse oder durch heimlichen Genuß des Homebrew-Giftes.

Die Prohibitionisten, die eine unheimliche Angst vor dem 16. Juli haben, arbeiten mit mancherlei Schwindeleien, um die Köpfe zu verwirren. Ein Freund in Dysart, Sask., sendet uns einen Ausschnitt aus dem „Cupar Herald". Die Ueberschrift lautet: „Vote for Temperance July 16, 1924." Dabei geht aus dem Inserat glatt hervor, daß es sich um ein Manöver der Prohibitionisten handelt. Lautet denn die Abstimmungsfrage: „Are you in favor of temperance?" Nein, sondern: **„Are you in favor of prohibition in Saskatchewan?"** (Sind Sie für Prohibition in Saskatchewan?) Darum geht es also. Jeder ehrenhafte Mensch ist für „temperance", für Mäßigkeit, aber **nicht** für „prohibition", für Alkoholverbot. Darum setzen wir unser Kreuz hinter das „No" der ersten Frage. Es suchen also, wie aus obigem hervorgeht, gewisse Leute durch Schwindel und Betrug die Prohibition wieder zu erzwingen.

Darum, Freunde, seid auf der Hut, seid wachsam, sorgt für gründliche Aufklärung! Der „Courier" bietet das zuverlässigste und am leichtesten verständliche Material dafür. Würden alle genau unsere Ratschläge befolgen, dann wäre ein bedeutender Fortschritt im politischen und wirtschaftlichen Leben unserer Provinz Saskatchewan gemacht. Ruhe, Zufriedenheit und Ordnung würden bei uns einkehren und ganz Canada würde daraus reichen Gewinn ziehen.

Aus diesen Gründen stimmen wir am 16. Juli „naß".

Aus diesen Gründen setzen wir unser Kreuze (X) hinter das „No" der ersten Frage.

Auf zur Abstimmung!

Jede richtig abgegebene Stimme zählt und ist notwendig, wenn wir siegen wollen.

QUESTION 1. Are you in favour of Prohibition in Saskatchewan?	YES
	NO **X**

QUESTION 2. If a liquor System under Government Control be established, which of the following do you favour?

(A) Sale by Government Vendors in Sealed Packages of all Spirituous and Malt Liquors,	
or	
(B) Sale by Government Vendors in Sealed Packages of all Spirituous and Malt Liquors, and also sale of beer in licensed premises.	**X**

Rußland hat größte Arbeitslosigkeit der Welt

Folge der bolschewistischen Mißwirtschaft

Genf, 7. Juli. — Unter sämtlichen Ländern der Welt ist die Arbeitslosigkeit in Rußland im Verhältnis zu seiner industriellen Arbeiterschaft am höchsten. Die Zahl der Arbeitslosen betrug der jüngsten öffentlichen Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamts zufolge im April d. Js. 700,000 und stieg bis zum Juni auf über eine Million. Die Gesamtzahl aller Lohnempfänger in Sowjetrußland wird von dem statistischen Amt der Internationalen Gewerkschaften mit 5,930,000 angegeben. Der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den Lohnempfängern beträgt daher 17½ bis 18 Prozent.

Die Gründe für die ungeheure Arbeitslosigkeit in Rußland liegen in erster Linie im Beamtenabbau. Aus den statistischen Mitteilungen geht auch hervor, daß 27 Prozent der Arbeitslosen Beamte der Räteregierung waren. Weiters wurden infolge der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse Betriebe stillgelegt und es erfolgte eine Zusammenlegung der industriellen Unternehmungen an den günstigeren Stellen. Sieben Zehntel sämtlicher Arbeitslosen haben ihre Stellen infolge der erwähnten beiden Arten von Abbau verloren. Die Zahl der Arbeitslosen wurde noch durch das Zuströmen von Bauern in die Städte erhöht. Darunter sind viele frühere Industriearbeiter, die nach dem Kriege sich der Landwirtschaft zugewendet hatten. Besonders stark ist die Arbeitslosigkeit unter den Kontorangestellten und geistigen Arbeitern.

Infolge der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse ist die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit der Erwerbslosen eine äußerst lange und erreicht acht Monate. Zur Bekämpfung, beziehungsweise Linderung der Arbeitslosigkeit, kann der Staat bei seiner gegenwärtigen finanziellen Lage kaum etwas leisten. Die Arbeitslosenunterstützung von zwei bis drei Goldrubel im Monat sind so geringfügig, daß sie auch zur ärmlichsten Lebenshaltung bei weitem nicht ausreichen.

Die Arbeitsvermittlungsämter, die bei der Arbeitslosenunterstützung in Rußland eine große Rolle spielten, versagten und mußten kürzlich radikal umorganisiert werden. Im April haben nur 12 Prozent der angemeldeten Arbeitslosen Unterstützung erhalten und bei Notstandsarbeiten wurden nur 7 Prozent der Arbeitslosen beschäftigt. Für die Ausführung von Notstandsarbeiten sind in diesem Jahre nur 1,060,000 Goldrubel bewilligt worden. Die Löhne bei den Notarbeiten sind unter dem staatlichen Lohnminimum, das nur die Hälfte oder nur ein Drittel des in der Industrie gewöhnlich bezahlten Lohnes ausmacht. Und da auch letzterer weit unter der vorkriegszeitlichen Höhe steht, so kann man sich daraus eine Vorstellung von der Höhe der Löhne der Notstandsarbeiter machen.

Siebenfacher Lustmörder

Hat seinen Opfern die Kehlen durchbissen.

Berlin, 7. Juli. — In Hannover hat der Hausierer Hartmann sieben Morde eingestanden. Der Mann, der schon früher perverse Neigungen gehabt haben soll, lockte angeblich junge Leute nach seiner Wohnung, und wenn er dort von Wutanfällen erfaßt wurde, soll er ihnen die Kehle durchbissen haben. Die verschiedenen Verbrechen, deren Opfer später mit zerfleischter Kehle in den Vororten, vornehmlich in Abzugsgräben gefunden wurden, hatten des Längeren die Polizei beschäftigt, bis die Spur endlich nach Hartmanns Wohnung führte.

Verhauen sich mit Säbeln

Premierminister von Portugal huldigt dem Duellunfug.

Lissabon, 6. Juli. — Zwischen Alvaro de Castro, der kürzlich als Premier resignierte und im Auftrage des Präsidenten mit der Bildung eines neuen Kabinetts beschäftigt war, und dem Hauptmann des portugiesischen Fliegerkorps Ribeiro Fonseca fand ein Säbelduell statt, bei dem Hauptmann Fonseca am Arm verwundet wurde. Dem Duell lag eine politische Auseinandersetzung zugrunde. Hauptmann Fonseca, der wegen eines politischen Verbrechens zu Festungshaft verurteilt war, ist erst kürzlich begnadigt worden. De Castro erklärte, nicht weiter versuchen zu wollen, eine neue Regierung zu bilden.

Argentinische Fleischeinfuhr nach Rußland.

Leningrad, Rußl., 6. Juli. — Sieben Millionen Pfund gefrorenen Fleisches aus Argentinien sind hier eingetroffen. Dies ist die zweite ähnliche Sendung, die in diesem Jahre von dort eingetroffen ist.

Letzte Nachrichten

Sofortige Senatsreform gefordert.

Regina, 8. Juli. — Die Provinzregierung von Saskatchewan hat in einem Telegramm an Premier Mackenzie King in Ottawa in Anbetracht der ablehnenden Haltung des Senates gegenüber wichtigen Zweiglinien des canadischen Westens die schleunige Reform des Senates verlangt. Der Senat soll, so lautet die Forderung, nach englischem Muster unter die Kontrolle des Unterhauses gestellt werden. Noch in dieser Parlamentssession sollten die nötigen Schritte dazu ergriffen werden.

Sohn von Präsident Coolidge gestorben.

Washington, 8. Juli. — Calvin Coolidge, der 16jährige Sohn des amerikanischen Präsidenten, starb an Blutvergiftung, die er sich durch eine leichte Verletzung am Fuße während des Tennis-Spieles zugezogen hatte.